

THEMENSERVICE

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft – KW 34

Patricia Enssle/ Wadim Lisovenko

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020

Unter dem Motto "Gemeinsam. Europa wieder stark machen." übernahm Deutschland am 1. Juli 2020 für sechs Monate die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union (EU). Eine erste große Hürde hat der deutsche Vorsitz bereits genommen, nachdem auf dem EU-Gipfel vom 17.-21. Juli 2020 ein Kompromiss zum Aufbauplan und zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 gefunden werden konnte. Welche weiteren Herausforderungen erwarten die deutsche Präsidentschaft? In dieser Ausgabe des Themenservice „Deutsche EU-Ratspräsidentschaft“ bietet die Abteilung Medienanalyse und -archiv einen Überblick zu den wichtigsten Themen.

Der EU-Gipfel: Historischer Durchbruch oder „bittere Pille“?

Auf dem Sondergipfel am 17. und 18. Juli versuchten die Staats- und Regierungschefs der EU eine Einigung über den Corona-Wiederaufbaufonds und den kommenden EU-Haushalt zu finden. Wie schwierig die Verhandlungen waren, zeigt sich alleine daran, wie oft der Gipfel verlängert werden musste. Erst am 21. Juli konnte der Durchbruch verkündet werden. „Nie haben so viele europäische Regierungschefs seit dem Zweiten Weltkrieg an einem Stück so lange zusammengesessen“, merkt **Georg Blume** von [Zeit Online](#)¹ in seiner Analyse an. Es sei „eine historische Nacht“ für die EU gewesen, als der Haushalt beschlossen wurde. Zu den [wichtigsten Ergebnisse](#)² zählen der Mehrjährige Finanzrahmen 2021 bis 2027 in Höhe von 1074,3 Milliarden € und der „Next Generation EU“ (NGEU) genannte Wiederaufbaufonds in Höhe von 750 Milliarden Euro.



© German Presidency of the Council of the EU 2020/ Flickr/ CC BY-NC 2.0

Also ein großes Problem weniger für die deutsche Ratspräsidentschaft? Noch nicht. Neben den nationalen Parlamenten der Mitgliedsstaaten muss auch das EU-Parlament dem Finanzpaket zustimmen. Doch die EU-Parlamentarier melden Widerstand an. „Wir sind derzeit nicht bereit, diese bittere Pille zu schlucken“, zitiert die [Frankfurter Rundschau](#)³ den EVP-Fraktionschef **Manfred Weber**. Man wolle mehr Geld für Klimaschutz, Forschung, Gesundheit und Bildung aushandeln. In einem Gastbeitrag im [Handelsblatt](#)⁴ verlangt Weber außerdem, zusammen mit dem deutschen Entwicklungsminister **Gerd Müller**, mehr Mittel für die europäische Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. „Ein außenpolitisch handlungsfähiges Europa gibt es nicht zum Nulltarif“, argumentieren die beiden. Einzelnen hätten die Staaten Europas zu wenig Gewicht, nur gemeinsam könne die EU die großen Herausforderungen meistern. Momentan sind 98,4 Milliarden Euro für außenpolitische Belange eingeplant. Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** warb laut einem Bericht der [FAZ](#)⁵ beim EU-Parlament zwar für die Zustimmung zu dem Budget. Wegen vieler Kürzungen bezeichnete sie es jedoch wie Weber als „schwer zu schluckende Pille.“

Die Parlamentarier kritisieren weiterhin die unklar formulierte Rechtsstaatlichkeitsklausel. **Dacian Ciolos**, Vorsitzender der Renew Europe Fraktion, verlangt im Interview mit der [Deutschen Welle](#)⁶ eine eindeutige Kopplung der Vergabe von EU-Mitteln an rechtsstaatliche Prinzipien. (Weitere Informationen hierzu unter

Außenpolitische Schwerpunkte.)

Neben der Rechtsstaatlichkeit identifiziert **Christoph B. Schiltz** von der WELT⁷ noch weitere „Fallstricke“ des Wiederaufbaufonds. Durch die gemeinsame Verschuldung erhöhe sich das finanzielle Risiko für Deutschland, besonders wenn ärmere Länder die Kredite nicht zurückzahlen könnten. Ebenso sei zu befürchten, dass die Schuldenaufnahme nicht wie geplant einmalig bleibe, sondern institutionell verankert werde. Zweitens sei zu befürchten, dass die Ausgabe der riesigen Summen möglicherweise nicht entsprechend kontrolliert werden könne. „Transfers quasi ohne Auflagen“, befürchtet Clemens Fuest, Chef des Instituts für Wirtschaftsforschung. Zuletzt kritisiert Schiltz geplante Investitionen in grüne oder digitale Projekte und zur Modernisierung von Volkswirtschaften. „Es verdichtet sich [...] der Eindruck, dass reiche EU-Länder [...] die wirtschaftlichen Verfehlungen und den Reformstau in Ländern wie Italien und Griechenland künftig finanzieren werden.“

Am 14. September wird die nächste Plenarsitzung des EU-Parlaments stattfinden. Angesichts der vielen Kritikpunkte ist es nicht zu erwarten, dass die Abgeordneten dem EU-Haushalt direkt zustimmen werden. Die fünf Fraktionen EVP, die Sozialdemokraten, Renew Europe, die Grünen und GUE/NGL hatten bereits am 23. Juli in einer Resolution⁸ angekündigt, über die Kürzungen und die Rechtsstaatlichkeit verhandeln zu wollen. 645 Abgeordnete⁹ stimmten für die Resolution.

Außenpolitische Schwerpunkte

Am vergangenen Freitag, dem 14. August, trafen sich die EU-Außenminister zu einer Sondersitzung¹⁰, um die aktuellen Krisen in Belarus, dem östlichen Mittelmeer, dem Libanon sowie Venezuela und Bolivien zu besprechen.

Ein erstes wichtiges Thema der Außenministerkonferenz war der Gas-Streit im Mittelmeer zwischen den EU-Ländern Griechenland und Zypern mit der **Türkei**. Die Außenminister versprachen Griechenland und Zypern ihre volle Solidarität und fordern Deeskalation von der Türkei. In die deutsche Diplomatie werden große Erwartungen gesetzt. „Merkel ist die einzige Regierungschefin, die Einfluss auf Erdogan nehmen kann. Es ist ein glücklicher Zufall, dass Deutschland aktuell die EU-Ratspräsidentschaft führt“, sagt Constantinos Filis von der Panteion-Universität in Athen im Gespräch mit dem

Spiegel¹¹. Merkel hatte bereits Ende Juli¹² eine Deeskalation zwischen Griechenland und der Türkei ausgehandelt, doch dies war nur von kurzer Dauer. Auch EU-Außenbeauftragter **Josep Borrell** äußert im Spiegel¹³-Gespräch vor allem einen Wunsch an die deutsche Ratspräsidentschaft: „Berlin sollte sich dafür einsetzen, ein umfassendes Abkommen mit der Türkei zu verhandeln. [...] Dabei müssen alle Themen auf den Tisch: von den Gasbohrungen und See-rechtsverletzungen vor Griechenland und Zypern über die Unterstützung der fast vier Millionen Flüchtlinge, die die Türkei beherbergt, bis hin zur türkischen Rolle in Syrien und Libyen.“ Die Kanzlerin selbst ist sich der Bedeutung dieses Themas sehr bewusst. „Ja, wir brauchen eine kohärente Türkei-Strategie“, hatte sie am 1. Juli vor dem Bundestag¹⁴ gesagt.

Angesichts des höchst zweifelhaften Ergebnisses bei den Präsidentschaftswahlen in **Belarus** und dem darauf folgenden gewaltsamen Vorgehen gegen Demonstranten, versucht die EU eine friedliche Lösung zu finden. Am Mittwoch, den 19. August, trafen sich die Staats- und Regierungsschefs der EU zu einem Sondergipfel¹⁵ zu der Lage in Belarus. Es wurde beschlossen, das offizielle Wahlergebnis nicht anzuerkennen. Bereits am 14. August hatten die Außenminister Sanktionen gegen die Regierung in Minsk beschlossen. Dieser Beschluss sei „ein Erfolg für die deutschen Ratspräsidentschaft“, kommentiert **Hans-Peter Siebenhaar** im Handelsblatt¹⁶. „Denn Außenminister Heiko Maas gelang es zusammen mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell ein einstimmiges Votum der Chefdiplomaten der 27 Mitgliedsstaaten zu erreichen.“ Eine im Vorfeld befürchtete Blockade durch den ungarischen Außenminister blieb demnach aus.

Dabei steht **Ungarn** selbst zusammen mit Nachbar **Polen** unter Verdacht, rechtstaatliche Prinzipien zu verletzen. Die Bundesregierung solle während der EU-Ratspräsidentschaft „ihr ganzes politisches Gewicht beim Verfahren nach Artikel 7 gegen Ungarn einbringen“, meinen deshalb **Philippe Dam** und **Wenzel Michalski** in der WELT¹⁷. Vor allem aber müsse Berlin dort ansetzen, wo es „Orbán am stärksten treffen würde“: bei den EU-Fördergeldern. „Während der Ratspräsidentschaft sollte Berlin einen Mechanismus zur Prüfung der EU-Fördergelder schaffen, um diese zu reduzieren, sollten sie aufgrund eines Demokratiedefizits zweckentfremdet werden können.“

Bereits auf dem großen EU-Sondergipfel im Juli hatten die EU-Staaten ein Bekenntnis zur

Rechtsstaatlichkeit in den Beschlüssen festgeschrieben, sie soll eine grundsätzliche Bedingung für die Auszahlung der EU-Mittel darstellen. Um den Konsens nicht zu gefährden, wurde die Passage aber undeutlich formuliert, weshalb sie nach dem Gipfel auch ganz unterschiedlich interpretiert wird. Ministerpräsident Viktor Orbán jubelte kurz nach dem Gipfel, er sieht sich als Sieger, weil es in den Schlussfolgerungen des Gipfels heißt, dass sich der Europäische Rat „rasch mit der Angelegenheit befassen“ wird. **Thomas Gutschker** von der FAZ¹⁸ analysiert die betreffenden Passagen ausführlich. Orbán spekuliere demnach, dass er im Rat sein Veto gegen jegliche Maßnahmen einlegen kann. Eine andere Sichtweise vertritt beispielsweise Europa-Staatsminister **Michael Roth**. „Mich überrascht die Umdeutung in Budapest und Warschau. Was haben die gelesen?“, fragt er sich im Interview mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland¹⁹. Offen sei lediglich die Frage, ob Sanktionsvorschläge erst mehrheitlich vom EU-Rat angenommen werden müssen oder automatisch greifen. Ein Veto im Rat sei dann aber nicht möglich. Dieselbe Interpretation vertreten auch **Philipp Fritz** und **Boris Kálnoky** von der WELT²⁰. „Es ist keine Einstimmigkeit nötig. Ungarn oder Polen haben also kein Vetorecht, auch die bisher übliche Schützenhilfe der übrigen Visegrád-Länder - neben Polen und Ungarn sind das Tschechien und die Slowakei - würde nicht ausreichen, um Strafen abzublocken.“ Laut Ungarns Justizministerin **Judit Varga** soll Kanzlerin Merkel jedoch in Brüssel zugesagt haben, „das Verfahren noch vor Ende des Jahres, also während der deutschen Ratspräsidentschaft, zu beenden.“ Varga verlasse sich auf das „Wort der Kanzlerin“, sagt sie im WELT²¹-Interview.

Schon früh hatte sich Deutschland das Ziel gesetzt, während der deutschen Präsidentschaft eine gemeinsame **europäische Chinapolitik** zu erarbeiten. Ursprünglich sollte im September ein EU-China-Gipfel in Leipzig stattfinden, dieser musste wegen der Pandemie jedoch abgesagt werden. Stattdessen plant Merkel nach Informationen der Süddeutschen Zeitung²² nun einen virtuellen Gipfel mit Chinas Präsident Xi Jinping am 14. September. Zuletzt auch angesichts der Menschenrechtsverletzungen in Hongkong wünschen sich viele kritische Stimmen von Merkel eine entschlosseneren Haltung gegenüber China. „Doch Merkel schwieg zu Hongkong. [...] Der Kanzlerin gehen keine kritischen Worte in Richtung Peking über die Lippen“, beklagt **Maximilian Kalkhof** von der WELT²³. Kalkhof kritisiert weiterhin, dass

sich Merkel nicht öffentlich hinter die Linie der EU-Kommission stellt, die in einem Strategiepapier definiert hatte, „in welchen Bereichen die Volksrepublik Partner ist - und in welchen Wettbewerber und Rivale.“ Innerhalb des Bundestages frage man sich schon, ob die Kanzlerin den strategischen Ansatz der EU-Kommission überhaupt teile. Auch Kalkhofs Kollege **Christoph B. Schiltz** von der WELT²⁴ meint, dass Merkel China „die Stirn bieten“ müsse. „Sie ist mit ihrem vorsichtigen Kurs und ihrer attentistischen China-Politik die wichtigste Stütze Pekings in der westlichen Welt. Die Chinesen nehmen sie als Führerin Europas wahr.“ Konkret müsse Europa geeint seine Bedeutung als größter Handelspartner Chinas als Trumpf nutzen. „Sollte sich China in den kommenden Monaten nicht deutlich bewegen, muss die EU den Marktzugang für China vorübergehend substanziell einschränken, Forschungs Kooperationen massiv beschneiden und vor allem auch den Export von europäischen Hochtechnologieprodukten [...] unterbinden.“

Die Agenden der deutschen Ressorts



© BMEL/Photothek/Xander Heini

Neben der Bekämpfung der Corona-Pandemie und ihrer wirtschaftlichen Folgen, hätten Unternehmer, Manager und Verbandsbosse eine Vielzahl von Wünschen und Forderungen an die Bundesregierung für eine „Agenda jenseits von Corona“. **Max Haerder** führt dazu in der WirtschaftsWoche online²⁵ beispielsweise die rasche Umsetzung der klimapolitischen Ziele, die Weiterentwicklung des EU-Binnenmarkts oder auch die digitale Transformation der Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung auf.

Die Agenda des Bundesverteidigungsministeriums²⁶ (BMVg) für die EU-Ratspräsidentschaft basiert auf dem Leitgedanken „ein starkes Europa in der Welt“, sprich Europa als handlungsfähiger Stabilitätsanker und globaler Akteur im internationalen Krisen-

management. Die drei Schwerpunkte des BMVg sind ein „strategischer Kompass“ für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU, Stärkung der Zusammenarbeit von EU und NATO sowie die Stärkung der Resilienz durch den Beitrag der europäischen Sanitätsdienste. Die Deutsche Welle²⁷ berichtet, dass Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer (CDU) kürzlich in Mittel- und Südosteuropa für die Erstellung einer gemeinsamen Bedrohungsanalyse, als ersten Schritt des „strategischen Kompass der EU“, warb. Dieses neue sicherheitspolitische Grundlagendokument, welches 2022 präsentiert werden soll, müsse „von einer breiten politischen Einigkeit“ getragen werden und solle insbesondere die gemeinsame Sicht auf die Haltung und auf das Handeln Russlands berücksichtigen, so die Verteidigungsministerin. Zudem sei Kramp-Karrenbauer bei der Stärkung der europäischen Säule der NATO besonders „die Fähigkeit, Truppen durch Europa, etwa durch Deutschland nach Polen zu verlegen“, wichtig. Auch vor dem Hintergrund des US-Truppenabzugs aus Deutschland, wolle die Bundesverteidigungsministerin die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik fördern und schneller voranbringen, schreibt **Andrea Buhtz** in der ZEIT online²⁸.

Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) setzt sich für die EU-Ratspräsidentschaft die dauerhafte Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Resilienz der europäischen Wirtschaft als Ziel. Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit des BMWi²⁹ sind den Wirtschaftsstandort Europa zu neuer Stärke führen, der Erhalt offener Märkte und die Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen, die Stärkung der digitalen Souveränität der EU sowie die Gestaltung des Strukturwandels und die Nutzung der Chancen des Europäischen Green Deals. **Dorothea Siems** thematisiert in der WELT³⁰ die Folgen der Corona-Pandemie für den Welthandel durch die Gefahr eines wachsenden Protektionismus, so werde auch innerhalb der EU immer häufiger zu protektionistischen Maßnahmen wie Anti-Dumping-Zöllen und Investitionsbeschränkungen gegriffen. Laut dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) müsse die Bundesregierung deshalb die deutsche EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um gegen Protektionismus einzutreten. Märkte müssten wieder geöffnet werden und gleiche und faire Handelsbedingungen geschaffen werden, weshalb die EU verstärkt auf Handelsverträge setzen müsse. Kritisiert wird im Beitrag auch, dass zusätzliche Steuern zur Fi-

nanzierung der EU-Schulden lediglich an den Außengrenzen des EU-Binnenmarktes erhoben werden sollen, sprich nur „Ausländer“ treffen, wie beispielsweise die geplante Einführung einer Digitalumsatzsteuer oder die CO₂-Abgabe auf Importe aus Ländern mit weniger strengen Klimaschutzregeln. Ein wirtschafts- und finanzpolitisches Thema, welches nicht auf der Agenda der deutschen EU-Ratspräsidentschaft auftaucht, sei „der Einsatz für mehr öffentliche Steuertransparenz“, obwohl das Problem und das Ausmaß der Steuervermeidung bekannt seien, schreibt **Nico Beckert** im Tagesspiegel³¹. Die Bundesregierung solle den EU-Ratsvorsitz nutzen, um das öffentliche Country-by-Country-Reporting auf die Agenda des Wettbewerbsrats im September zu setzen, fordern darum die Grünenpolitiker Lisa Paus und Sven Giegold.

Die Kernaufgaben des Bundesverkehrsministeriums³² (BMVI) während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sind die Mobilität in Europa moderner, innovativer und nachhaltiger zu gestalten, wie auch gestärkt aus der Corona-Pandemie hervorzugehen. Hierbei geht es unter anderem um zuverlässige Lieferketten, Spielregeln und Notfallmechanismen für den grenzüberschreitenden Güter- und Warenverkehr sowie den „New Mobility Approach“ als Antwort auf den „Green Deal“ der Europäischen Kommission. Bausteine dieses Ansatzes sind Datenaustausch zur Steigerung der Infrastruktureffizienz durch digitale Lösungen, autonomes Fahren und klimafreundliche Mobilität. FAZ.net³³ berichtet über den Vorschlag von Bundesverkehrsminister Scheuer (CSU), ein EU-weites Modell einer Pkw-Maut in das deutsche Konzept der EU-Ratspräsidentschaft aufzunehmen. Laut dem Entwurf für die EU-Maut-Richtlinie sollen auf Autobahnen bis spätestens 2029 fast alle Fahrzeuge Gebühren zahlen. Vor allem sieht der Entwurf neue Regelungen für Lkws vor, bei denen der CO₂-Ausstoß eine maßgebliche Größe für neue Normen werde. Der Entwurf traf jedoch bereits innerhalb der Bundesregierung, vor allem im Bundesumweltministerium, auf Widerstand. **Hans-Peter Siebenhaar** widmet sich im Handelsblatt³⁴ dem transeuropäischen Bahnausbau. Um die Klimaziele der Europäischen Kommission zu erreichen und um aus den Folgen der Corona-Krise für die Mobilität in Europa zu lernen, müsse der grenzüberschreitende Schienenverkehr gestärkt werden. Die Pandemie könne als Katalysator dienen und Verkehrsminister Scheuer müsse diese nun als Chance für den „Ausbau des europäischen Schienennetzes mit besseren und schnelleren EU-Verbindungen“ nutzen.

Beim Treffen der EU-Verkehrsminister im September steht das Thema auf der Tagesordnung. Darüber hinaus, hat Minister Scheuer angekündigt ein „Transeuropa-Express“, ein Bahn-Netz von europäischen Langstreckenverbindungen, auf den Weg bringen zu wollen.

Auf der [Agenda des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft](#)³⁵ (BMEL) für den deutschen EU-Ratsvorsitz stehen die Stärkung der Systemrelevanz der Land- und Ernährungswirtschaft, Verhandlungen zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2020, die „Farm-to-Fork“ Strategie der Europäischen Kommission, Fragen des Tierwohls, der Kennzeichnung von Lebensmitteln und der Fischerei, wie auch die EU-Waldstrategie nach 2020. Beim EU-Agrarrat-Treffen im Juli kündigte Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner an, bis zum Herbst ein Konzept für die europäische Landwirtschaftsreform vorzulegen. Deutschland aber gelte als „einer der Blockierer einer grundlegenden Reform für eine nachhaltigere EU-Agrarpolitik“, konstatiert **Eva Fischer** im [Handelsblatt](#)³⁶. Denn Christdemokraten stünden der neuen Landwirtschafts- und Lebensmittelstrategie "Farm-to-Fork" der EU-Kommission skeptisch gegenüber. In der [WELT](#)³⁷ fordert die ehemalige Bundeslandwirtschaftsministerin **Renate Künast** (Grüne) die Bundesregierung auf, sich während der Ratspräsidentschaft dafür einzusetzen, „konkrete und wirksame Maßnahmen durchzusetzen, um eine "sozial-ökologische Transformation" in der Landwirtschaft einzuleiten." Künast erwarte „einen Plan mit konkreten Maßnahmen zur Halbierung der Pestizide, zur Verdopplung des Ökolandbaus und zur deutlichen Reduzierung der Tierhaltung“.



© BMEL/Photothek/Xander Heini

Ministerin **Klöckner** (CDU) stellte schon vor dem Gipfel klar, dass die Nahrungsmittelproduktion zwar klima- und umweltfreundlicher werden müsse, aber noch viele Fragen offen seien. "Wir brauchen feste Leitplanken, um

Umweltdumping zu verhindern und Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden" und „[...] entsprechenden Vorgaben [müssen] leistbar und umsetzbar [sein] für die Landwirte“, wird **Klöckner** in der [WELT](#)³⁸ zitiert.

Die Klimaschutzziele betrachtend, sähe es momentan danach aus, dass die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik eine Enttäuschung würde, resümiert **Jonas Scheible** im [Spiegel](#)³⁹. Wolle die EU ihr Ziel im Jahr 2050 klimaneutral zu sein erreichen, müsse aber auch die Landwirtschaft in die Pflicht genommen werden. Da der Kommissionsplan für die Reform der GAP größerer Spielräume als bislang für die Mitgliedsstaaten vorsieht, sehen Kritiker hier die Gefahr einer Nationalisierung der Agrarpolitik einhergehend mit einer aufkeimenden Konkurrenz der Länder um einen Wettbewerbsvorteil in Form von den niedrigsten Auflagen für ihre Landwirte.

Die [Schwerpunkte des Bundesinnenministeriums](#)⁴⁰ (BMI) sind den Leitgedanken „Gemeinsam in einer starken Gesellschaft leben“, „Gemeinsam europäische Migrationsfragen lösen“ und „Gemeinsam für die Sicherheit aller sorgen“ untergeordnet. Diese umfassen inter alia die Themen Integration, Bekämpfung von Antisemitismus und Antiziganismus, Steuerung von Migration, Umgang mit Flüchtlingen und eine Reform des gemeinsamen europäischen Asylverfahrens (GEAS), eine intensivere grenzüberschreitende Polizeikooperation und Ausbau von Europol sowie Bekämpfung von islamistischem Terrorismus und gewaltbareitem Rechtsextremismus. Im Interview mit dem [Redaktionsnetzwerk Deutschland](#)⁴¹ meint Staatsminister **Michael Roth** zur EU Asylpolitik, dass eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik überfällig sei. Ein Gesetzgebungsverfahren für ein neues Asylsystem könne während der deutschen Ratspräsidentschaft zwar nicht abgeschlossen werden, Deutschland sich aber „nach Kräften anstreng[t], um eine zukunftsweisende Lösung hinzubekommen“. Die Kommission müsse jetzt einen mutigen Vorschlag auf den Tisch legen, so Roth. In der [WELT AM SONNTAG](#)⁴² beleuchtet **Marcel Leubecher** die Versprechungen der EU-Regierungen für eine europäische Lösung des Migrationsproblems. Es scheine höchst unwahrscheinlich, dass der ursprüngliche Zeitplan ein neues Asylsystem bis Ende des Jahres zu beschließen, eingehalten werde. Die EU-Kommission hat die eigentlich für März geplanten Reformvorschläge bereits mehrmals verschoben, nun auf den September. Selbst der deutsche EU-Botschafter und auch Innenminister Seehofer würde nur noch damit

rechnen, dass bis Jahresende die Eckpunkte und möglicherweise eine politische Verständigung des „verschleppten Megaprojektes“ stehen könnten. Der niedersächsische Innenminister und Co-Vorsitzender der Europol-Kontrollgruppe JPSG, **Boris Pistorius**, fordert in einem Gastbeitrag beim Handelsblatt⁴³, auf Bedrohungen der inneren Sicherheit eine europäische Antwort zu finden und Sicherheitsbehörden auf europäischer Ebene zu fördern und weiter zu vernetzen. Um die Bevölkerung Europas wirksam vor internationaler Kriminalität und Terrorismus zu schützen, wäre eine Art „europäisches FBI“ nötig. Konkret wolle er sich während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft dafür einsetzen, dass die Mittel für Europol aufgestockt werden.

Die Unterstützung der Schwellen- und Entwicklungsländer bei der Bewältigung der Covid-19-Pandemie und der soziale und ökologische Wiederaufbau sind die grundlegenden Schwerpunkte des Bundesentwicklungsministeriums⁴⁴ (BMZ) während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Das BMZ nimmt sich unter Anderem vor, am Ausbau der Sofortmaßnahmen der EU in den Partnerländern, an der Verabschiedung einer gemeinsamen EU-Afrika Strategie, dem Abschluss eines neuen EU-Abkommens mit den Ländern Afrikas sowie der Karibik und des Pazifiks, Standards für globale Lieferketten und die Beschleunigung der Umsetzung der Agenda 2030 zu arbeiten. Das deutsche Lieferkettengesetz, ausgearbeitet von Bundesentwicklungsminister Müller (CSU) und Bundesarbeitsminister Heil (SPD), solle kommen, schildert die Deutsche Welle⁴⁵. Ob es jedoch sinnvoll ist, auf ein EU-weites Gesetz zur Regelung von Liefer- und Wertschöpfungsketten zu warten, sei dahingestellt. Kritiker sind der Meinung, durch eine Auslagerung auf EU-Ebene würde ein Gesetz nur jahrelang verzögert werden. Befürworter einer effektiven branchenübergreifenden und demzufolge einer europäischen Regelung, wie im Gastbeitrag von **Anahita Thoms** bei der FAZ⁴⁶ zu lesen, sehen in der deutschen Ratspräsidentschaft eine Gelegenheit „Einfluss auf die Gestaltung einer europäischen Regulierung samt flankierenden Maßnahmen - etwa in Freihandelsabkommen - zu nehmen“. In einem erst kürzlich erschienenen Gastkommentar beim Handelsblatt⁴⁷ fordern Bundesentwicklungsminister **Gerd Müller** und der EVP-Fraktionsvorsitzende im Europäischen Parlament **Manfred Weber**, die EU müsse ihre Hilfsprogramme ausweiten und in der Haushaltsstruktur Krisenreaktionsmechanismen einbauen, um Stabilität und Wohlstand auch in

der europäischen Nachbarschaft zu ermöglichen. Konkret hieße dies, die Finanzierung einer wirksamen Afrika- und Nachbarschaftsstrategie im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen zu verankern. Hierfür seien neue Instrumente wie eine Europäische Investitions- und Entwicklungsbank von Nöten. Zudem müsse der Marshallplan mit Afrika, einschließlich gemeinsamer Sicherheitsstrukturen, einem Migrations- und Klimakonzept und einer Investitions- und Innovationsoffensive, umgesetzt werden sowie die Handelsbeziehungen mit der gerade entstehenden afrikanischen Freihandelszone ausgebaut werden.

Weitere Informationen

- Auf der offiziellen Themenseite der **Konrad-Adenauer-Stiftung** finden Sie aktuelle Interviews sowie auch Veranstaltungen und Publikationen zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft.
- Schlussfolgerungen des EU-Gipfels vom 17.-21. Juli 2020. Die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst vom EU-Rat.
- Infografiken zum EU-Haushalt 2021-2027 und dem Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“ (NGEU).
- Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.
- eu2020.de: Die offizielle Webseite der Bundesregierung zu der Ratspräsidentschaft.

¹ Georg Blume, Fünf Eckpunkte, zwei davon historisch, Zeit Online, 21.07.2020,

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-07/eu-gipfel-bruessel-einigung-naechster-integrationsschritt>

² Europäischer Rat, Sondertagung des Europäischen Rates, 17.-21. Juli 2020, Wichtigste Ergebnisse,

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2020/07/17-21/>

³ Europaparlament will "bittere Pille nicht schlucken", Frankfurter Rundschau Online, 23.07.2020,

<https://www.fr.de/politik/eu-parlament-beraet-ueber-milliardenpaket-zr-13841269.html>

⁴ Gerd Müller/ Manfred Weber, Europa darf sich nicht auf seiner wirtschaftlichen Macht ausruhen, Handelsblatt Online, 17.08.2020,

<https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gast-kommentar-europa-darf-sich-nicht-auf-seiner-wirtschaftlichen-macht-ausruhen/26095438.html?ticket=ST-235632-gwZ6OQSCXPZdtn5kUon5-ap2>

⁵ Thomas Gutschker/ Werner Mussler, Europaparlament will „bittere Pille“ nicht schlucken, FAZ.net, 23.07.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ringen-um-eu-finanzrahmen-von-der-leyens-bittere-pille-16873726.html>

⁶ Dana Alexandra Scherle, Dacian Ciolos: Rechtsstaatlichkeit gilt für alle EU-Staaten, Deutsche Welle, 24.07.2020,

<https://p.dw.com/p/3frj3>

⁷ Christoph B. Schiltz, Die versteckten Kosten des Merkel-Macron-Plans, Welt.de, 15.08.2020, <https://www.welt.de/politik/ausland/plus213603548/Corona-Hilfspaket-Die-versteckten-Kosten-des-Merkel-Macron-Plans.html>

⁸ Ruth Berschens/ Donata Riedel/ Hans-Peter Siebenhaar, EU-Parlament fordert mehr Geld – und droht mit Blockade des Hilfspakets, Handelsblatt Online, 22.07.2020, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/corona-finanzpaket-eu-parlament-fordert-mehr-geld-und-droht-mit-blockade-des-hilfspakets/26028136.html>

⁹ Siehe Endnote 5.

¹⁰ Europäischer Auswärtiger Dienst, Video conference of Foreign Affairs Ministers: Main outcomes, 14.08.2020, https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/84103/video-conference-foreign-affairs-ministers-main-outcomes_en

¹¹ Erdogans Botschaft, Interview mit Constantinos Filis, Der Spiegel, 14.08.2020, <https://magazin.spiegel.de/SP/2020/34/172493013/index.html>

¹² Erdgasstreit im östlichen Mittelmeer: Erdogan will abwarten, Handelsblatt Online, 28.07.2020, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/internationaler-konflikt-erdgasstreit-im-oestlichen-mittelmeer-erdogan-will-abwarten/26044404.html?ticket=ST-1732040-OeVSfSmiQSkcuKuWTlWZ-ap2>

¹³ Markus Becker/ Peter Müller/ Christoph Schult, "Vor allem Merkel kann helfen". Interview mit Josep Borrell, Spiegel Online, 17.07.2020, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/eu-chefdiplomats-josep-borrell-vor-allem-angela-merkel-kann-helfen-a-00000000-0002-0001-0000-000172071813>

¹⁴ Regierungsbefragung mit Angela Merkel, Deutscher Bundestag, 1. Juli 2020, <https://dbtg.tv/fvid/7455140>

¹⁵ EU erkennt Wahlergebnis nicht an, Tagesschau, 19.08.2020, <https://www.tagesschau.de/ausland/belarus-eu-103.html>

¹⁶ Hans-Peter Siebenhaar, Die EU beweist mit Sanktionen gegen Belarus Handlungsfähigkeit, Handelsblatt Online, 15.08.2020, <https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-die-eu-beweist-mit-sanktionen-gegen-belarus-handlungsfaeigkeit/26097632.html?ticket=ST-1740329-XabKH3zNWqyUESalDtlq-ap2>

¹⁷ Philippe Dam/ Wenzel Michalski, Wie Deutschland Orbán die Stirn bieten kann, Welt.de, 17.07.2020, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article21176972/3/EU-Ratspraesidentschaft-Wie-Deutschland-Orban-die-Stirn-bieten-kann.html>

¹⁸ Thomas Gutschker, Brüsseler Geld nur für Rechtsstaaten?, FAZ.net, 28.07.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/nach-dem-eu-sondergipfel-bruesseler-geld-nur-fuer-rechtsstaaten-16878507.html>

¹⁹ Marina Korbaki, Außenstaatsminister Roth zum EU-Finanzpaket: "Es ist jetzt nicht die Zeit für Spielchen", Redaktionsnetzwerk Deutschland, 31.07.2020, <https://www.rnd.de/politik/aussenstaatsminister-roth-zu-18-billionen-finanzpaket-es-ist-jetzt-nicht-die-zeit-fur-spielchen-YGEMS2G27JCVMENPQF674CIM.html>

²⁰ Philipp Fritz/ Boris Kálnoky, Polen und Ungarn feiern sich als Sieger - ohne Grund, Welt.de, 21.07.2020, <https://www.welt.de/politik/ausland/article212005901/EU-Gipfel-Polen-und-Ungarn-feiern-sich-als-Sieger-ohne-Grund.html>

²¹ Boris Kálnoky, „Da verlassen wir uns auf das Wort der Kanzlerin“. Interview mit Judit Varga, Welt.de, 14.08.2020, <https://www.welt.de/politik/ausland/plus213476322/Ungarn-Justizministerin-Da-verlassen-wir-uns-auf-das-Wort-der-Kanzlerin.html>

²² Matthias Kolb, Merkel plant EU-Videogipfel mit Chinas Präsident Xi, sueddeutsche.de, 07.08.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/eu-china-abkommen-videokonferenz-1.4992674>

²³ Maximilian Kalkhof, Der Unwille der Kanzlerin, Chinas Rolle zu benennen, Welt.de, 06.08.2020, <https://www.welt.de/politik/ausland/plus212977386/Angela-Merkel-Der-Unwille-der-Kanzlerin-Chinas-Rolle-zu-benennen.html>

²⁴ Christoph B. Schiltz, Merkel ist die wichtigste Stütze Pekings in der westlichen Welt, Welt.de, 09.08.2020, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus213187022/EU-China-Gipfel-Merkel-ist-die-wichtigste-Stuetze-Pekings-in-der-westlichen-Welt.html>

²⁵ Max Haerder, Die Agenda jenseits von Corona, WirtschaftsWoche online, 21. 07.2020, <https://www.wiwo.de/my/politik/deutschland/notwendige-reformen-die-agenda-jenseits-von-corona/26010052.html?ticket=ST-1772351-FUpldsuaqSgqDBL1TdkS-ap2>

²⁶ Deutsche EU -Ratspräsidentschaft: Ein starkes Europa in der Welt, Bundesministerium der Verteidigung, 30.06.2020, <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/deutsche-eu-ratspraesidentschaft-starkes-europa-271486>

²⁷ Monika Sieradzka, Kramp-Karrenbauer will einen "strategischen Kompass" für Europa, Deutsche Welle, 16.07.2020, <https://p.dw.com/p/3fPce>

²⁸ Andrea Buhtz, Annegret Kramp-Karrenbauer will EU-Verteidigungspolitik fördern, Zeit Online, 31.07.2020, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-07/us-truppenabzug-annegret-kramp-karrenbauer-eu-verteidigungspolitik>

²⁹ Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/eu-ratspraesidentschaft.html>

³⁰ Dorothea Siems, In der „Protektionismus-Falle“ – auch Deutschland schadet dem Welthandel, Welt.de, 04.08.2020, <https://www.welt.de/wirtschaft/article212794329/In-der-Protektionismus-Falle-auch-Deutschland-schadet-dem-Welthandel.html>

³¹ Nico Beckert, Banken und ihre Steueroasen : Wie macht die Deutsche Bank auf Malta 171 Millionen Gewinn – ohne einen einzigen Angestellten?, tagesspiegel.de, 14.08.2020, <https://plus.tagesspiegel.de/wirtschaft/banken-und-ihre-steueroasen-wie-macht-die-deutsche-bank-auf-malta-171-millionen-gewinn-ohne-einen-einzigen-angestellten-34089.html>

³² Deutschland hat die EU-Ratspräsidentschaft übernommen, Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, <https://www.bmvi.de/DE/Ministerium/EU-Ratspraesidentschaft/eu-ratspraesidentschaft.html>

³³ Scheuer will jetzt eine Pkw-Maut für die ganze EU, FAZ.net, 22.07.2020, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/scheuer-will-jetzt-eine-pkw-maut-fuer-die-ganze-eu-16871554.html>

³⁴ Hans-Peter Siebenhaar, Es ist höchste Zeit für einen schnellen Ausbau des europäischen Schienennetzes, Handelsblatt Online, 10.08.2020, <https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-es-ist-hoechste-zeit-fuer-einen-schnellen-ausbau>

[des-europaeischen-schienenetzes/26081650.html?ticket=ST-1800883-nje5ak2kQvZNaHxpcha0-ap2](https://www.bmi.bund.de/DE/eu-ratspraesidentschaft/themen/themen-node.html)

³⁵ EU-Ratspräsidentschaft: Ernährungs- und Landwirtschaft stärken, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, <https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/eu-agrarpolitik-und-foerderung/eu-ratspraesidentschaft.html>

³⁶ Eva Fischer, Klöckner: Konzept zur europäischen Landwirtschaftsreform kommt im Herbst, Handelsblatt Online, 20.07.2020, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/neue-eu-agrarpolitik-kloeckner-konzept-zur-europaeischen-landwirtschaftsreform-kommt-im-herbst/26020686.html>

³⁷ Hannelore Croll/ Claudia Ehrenstein, Hunderte Milliarden und keine echte Reform, Welt.de, 23.07.2020, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article212066121/Reform-der-EU-Agrarpolitik-Die-Zeit-der-Bescheidenheit-ist-vorbei.html>

³⁸ Ebd.

³⁹ Jonas Schaible, Kühe statt Klima, Spiegel Online, 24.07.2020, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-agrarpolitik-wirtschaftspolitik-fuer-bauern-a-00000000-0002-0001-0000-000172178895>

⁴⁰ EU-Ratspräsidentschaft. Themen, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, <https://www.bmi.bund.de/DE/eu-ratspraesidentschaft/themen/themen-node.html>

⁴¹ Siehe Endnote 19.

⁴² Marcel Leubecher, Ein Megaprojekt - "toxisch und hochgradig ideologisch", Welt.de, 13.07.2020, <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus211487067/Migration-Ein-Megaprojekt-toxisch-und-hochgradig-ideologisch.html>

⁴³ Boris Pistorius, Wir brauchen ein europäisches FBI, Handelsblatt Online, 12.08.2020, <https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gast-kommentar-wir-brauchen-ein-europaeisches-fbi/26085334.html>

⁴⁴ Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, <http://www.bmz.de/de/themen/eu-ratspraesidentschaft-2020/index.html>

⁴⁵ Sabine Kinkartz, Gegen Ausbeutung: Lieferkettengesetz soll kommen, Deutsche Welle, 14.07.2020, <https://p.dw.com/p/3fk7g>

⁴⁶ Anahita Thoms, Das Ende der nebulösen Lieferkette, FAZ.net, 28.07.2020, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/menschenrechte-gesetzliche-regulierung-fuer-die-lieferkette-16880263.html>

⁴⁷ Siehe Endnote 4.